

Ralf Ptak

*Der Epochenbruch im Kontext des neoliberalen Projekts – eine ökonomisch-theoriegeschichtliche Perspektive*

Mein Vortrag stützt sich auf vier Problemstellungen, die ich hier in der Kürze der Zeit thesenartig darlegen werde:

1. Was ist eigentlich unter dem Begriff des Epochenbruchs zu verstehen?
2. Was kennzeichnet aus dieser Perspektive das neoliberale Projekt?
3. In welchem Stadium befindet sich die ‚neoliberale Konterrevolution‘?
4. Welche Aufgaben stellen sich für die weitere Diskussion?

**1.**

Der eigentliche Epochenbruch erfolgte aus meiner Sicht bereits in den 1930er Jahren. Diese tiefgreifende, strukturelle Weltwirtschaftskrise, die selbst für die zeitgenössische Ökonomenzunft in dieser Wucht völlig überraschend kam, hat bekanntermaßen nicht nur die politischen Verhältnisse aufgewirbelt, sondern auch einen Paradigmenwechsel der Wirtschaftswissenschaft bewirkt. Die bis dahin dominierende Neoklassik mit ihrem Vertrauen in eine aus dem Naturrecht abgeleiteten prästabilierten Harmonie und eine darauf gestützte angebotsorientierte Wirtschaftspolitik schien endgültig der Geschichte anzugehören. Fortan standen nicht mehr statische Gleichgewichtszustände sondern dynamische Kreislaufzusammenhänge im Mittelpunkt ökonomischer Analyse. Das neue Paradigma der Wirtschaftspolitik stützte sich auf Intervention und Planung des Wirtschaftsprozesses, das in verschiedenen planwirtschaftlichen Konzepten, vor allem aber in einer makroökonomisch fundierten und wohlfahrtsstaatlich gestützten keynesianischen Konzeption zum Ausdruck kam.

Ein wesentlicher Grundgedanke dieser paradigmatischen Verschiebung war die Erkenntnis, daß der Kapitalismus in seiner ausgereiften Form offensichtlich zur Stagnation neigt, d.h. das Wirtschaftswachstum langfristig abflacht und möglicherweise vollständig zum Erliegen kommt. Anders ausgedrückt: der Kapitalismus ist ohne wirtschaftspolitische Eingriffe nicht in der Lage, das ihm zur Verfügung stehende Produktionspotential tatsächlich auszuschöpfen.

Aber Vorsicht: Zwar hat das keynesianisch dominierte Zeitalter zwischen den 1930er und 1970er Jahren große wirtschafts- und sozialpolitische Erfolge gebracht. Aber die hohen Wachstumsraten der 1950er und 1960er Jahren sind nur bedingt ein Beweis für die Möglichkeiten keynesianischer Intervention, denn der weltweite Nachkriegszyklus stellt im langfristigen historischen Trend eher eine Sondersituation dar. Seit den 1970er Jahren hat sich dieser Zyklus offensichtlich erschöpft, sichtbar an der Wiederkehr der strukturellen Probleme eines fortgeschrittenen Kapitalismus, die sich durch den technischen Fortschritt und umweltökonomische Restriktionen noch einmal verschärft haben.

Dennoch stellt sich die Frage, wieso es zu einer so fundamentalen Renaissance der neoklassischen Wirtschaftslehre und ihrer allein auf die Angebotsbedingungen abzielenden Wirtschaftspolitik seit Mitte der 1970er Jahre gekommen ist? Man muß sich dabei noch einmal vergegenwärtigen, daß die große Mehrheit der etablierten Wirtschaftswissenschaft längst mit dem reinen neoklassischen Paradigma abgeschlossen hatte, wie die internationale ökonomische Debatte der 1950er und 1960er Jahre eindrucksvoll belegt.

## 2.

Hier setzt die eigentliche Wirkungsmächtigkeit des Neoliberalismus ein, dessen Formierung eine unmittelbare Reaktion auf die tiefgreifenden Veränderungen seit der Weltwirtschaftskrise darstellt – im übrigen mit maßgeblicher Beteiligung deutscher und österreichischer Ökonomen und Juristen. Denn wenn etwas neu am Neoliberalismus ist, dann ist es sein Selbstverständnis als Träger einer diskursiven Strategie zur Durchsetzung marktwirtschaftlicher Politik; einer Strategie, die auf Langfristigkeit angelegt ist und sich im Laufe der Jahrzehnte auf weit verzweigte nationale wie internationale Netzwerke institutioneller Politikberatung stützen kann. Kurzum: Das neoliberale Projekt zielt – im Unterschied zur sterilen Modelltheorie der Neoklassik – gerade auf die konkrete Umsetzung wirtschaftsliberaler Maßnahmen und es liefert den weltanschaulichen Legitimationsrahmen der Vision einer freien Marktgesellschaft.

Sein Programm beinhaltet insofern mehr als die umfassende Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Deregulierung des Arbeitsmarktes und steuerliche Entlastung von Unternehmen und Vermögenden. Es definiert die Marktgesellschaft als Endpunkt menschlicher Geschichte und zielt fundamental auf eine „Entthronung der Politik“ (Hayek). Entsprechend befindet sich der Neoliberalismus in einer Frontstel-

lung zu allen Formen echter, partizipativer Demokratie, die das Projekt einer totalen Vermarktlichung der Gesellschaft gefährden könnten. Selbst das Freiheitsversprechen der Neoliberalen reduziert sich auf die Freiheit der Marktteilnahme und der vielgepriesene Individualismus steht durch die Zerstörung des Kollektiven allein für die Ebene eines atomisierten und durch Demut bestimmten Einzelwesens.

### 3.

Wo stehen aber nun wir in den aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen? Die Taz titelte bereits im Sommer des letzten Jahres: „Tschüß Neoliberalismus.“ Und in der Tat sprechen auf den ersten Blick einige Entwicklungen für eine leichte Korrektur der neoliberalen Modernisierungspolitik. Etwa wenn

- Schröder und Chirac erneut die Tobin-Steuer ins Gespräch bringen;
- die Entschuldungsdebatte für die Länder des Südens wieder aufgenommen wird;
- keynesianische Positionen in der öffentlichen Debatte wieder eine gewisse Aufmerksamkeit erfahren;
- der Europäische Stabilitätspakt einer Neuinterpretation unterzogen wird, die den einzelnen Mitgliedsstaaten erweiterte fiskalpolitische Spielräume eröffnen soll;
- oder ein sich abzeichnendes Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung, das vermutlich über eine höhere Staatsverschuldung finanziert werden wird.

Dennoch steht zumindest aus deutscher Perspektive der eigentliche Höhepunkt der neoliberalen Offensive wohl erst noch bevor. Zentrale Anliegen sind die weitere Privatisierung der Bildung, des Verkehrs und der Systeme sozialer Sicherung und vor allen Dingen: die Zerschlagung des deutschen Korporatismus mit seinen institutionellen Arrangements, der sich als entscheidendes Hindernis eines beschleunigten Reformprozesses erwiesen hat.

Insofern ist von einem widersprüchlichen Trend auszugehen, der einerseits das allmähliche Ende der normalwissenschaftlichen Phase im Kuhn'schen Sinne einläutet, weil der zu reiner Ideologie degenerierte Neoliberalismus zunehmend im Widerspruch zur empirischen Wirklichkeit steht. Andererseits werden sich die Grundmuster neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zumindest in mittlerer Frist unvermindert fortsetzen, sind sie doch bei den Eliten, im öffentlichen Diskurs und auch im

Alltagsbewußtsein weitgehend verankert. Im Ergebnis entsteht eine Politik des undurchsichtigen Pragmatismus, wechselnd zwischen einer in Reformhüllen verkleideten marktwirtschaftlichen Programmatik und interventionistischen Trostpflastern zur Befriedung der aufgerissenen Gräben in der Gesellschaft. Ein Weiteres kommt hinzu: Gerade weil der Neoliberalismus keine konkreten wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Ziele vorgibt, sondern lediglich die Notwendigkeit eines marktwirtschaftlichen Weges preist, an dessen Ende die Verheißung individueller Befreiung und wirtschaftlicher Dynamik steht, ist er vor empirischer Widerlegung gefeit. Da der Kapitalismus aber zu keinem Zeitpunkt als reine Marktwirtschaft funktioniert hat und auch nicht funktionieren wird, ist die Forderung nach marktwirtschaftlichen Reformen ein zeitloses Programm.

#### 4.

Was heißt dies alles für die Diskussion um Handlungsperspektiven emanzipatorischer Kräfte? Zunächst geht es darum, zu begreifen, daß der Neoliberalismus ein strategisches, auf lange Frist angelegtes Projekt ist. Sein Ziel ist Herstellung einer permanenten Hegemonie in den wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Debatten. Es ist wichtig dabei zu erkennen, daß es nicht **den** Neoliberalismus schlechthin gibt, sondern gewissermaßen ein flexibles Strategiebündel, das den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen angepaßt werden kann.

Friedrich August von Hayek hat diese Wandlungsfähigkeit des Neoliberalismus, die Teil seiner evolutorischen Betrachtung von Gesellschaft und Wirtschaft ist, bereits 1944 hervorgehoben:

„Die Grundsätze des Liberalismus enthalten keine Elemente, die ihn zu einem starren Dogma machten und es gibt keine strengen Regeln, die ein für allemal feststünden. Das Hauptprinzip, wonach wir uns in allen Stücken so weit wie möglich auf die spontanen Kräfte der Gesellschaft stützen und so wenig wie möglich zu Zwangsmaßnahmen greifen sollten, kann in der Anwendung unendlich variiert werden.“

In diesem Sinne deutet sich gegenwärtig innerhalb der neoliberalen Strategiebildung eine allmähliche Verschiebung vom entfesselten angelsächsischen Weg hin zu einem stärker ordnungspolitisch flankierten Neoliberalismus deutscher Prägung an. So könnte der schon einmal in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft so erfolgreiche Ordoliberalismus mit seinem stärker staatspolitisch ausgerichteten Selbstver-

ständnis in modifizierter Form zum einflußreichen Träger des neoliberalen Diskurses der Zukunft werden – im nationalen wie im internationalen Maßstab.

Das bedeutet in der Konsequenz, sich nicht von der Flexibilität und dem ‚Agenda-Setting‘ des Neoliberalismus beeindrucken zu lassen, sondern eine langfristig angelegte Strategiedebatte zu führen, die unbeirrt eigenständige emanzipatorische Ziele entwickelt. Das empirisch gestützte Widerlegen der neoliberalen Politik ist zweifelsohne sinnvoll, ist aber in seiner Wirkung begrenzt geblieben, weil offensichtlich – trotz aller Zahlengläubigkeit – eine gewisse empirische Resistenz besteht.

Woraus erklärt sich diese Resistenz, daß also trotz eindeutiger Faktenlage – etwa im Feld der Beschäftigung – der Glaube an die Wirkungsmächtigkeit der Marktsteuerung zumindest bei den Entscheidungsträgern weitgehend ungebrochen ist? Ein Erklärungsansatz könnte sein, daß der Neoliberalismus eben mehr ist als ein Wirtschaftsprogramm: ein umspannendes gesellschaftlichen Projekt, das an reale Veränderungen anknüpft, erfolgreich die Widersprüche moderner Produktionsverhältnisse aufgreift und insofern durchaus eine Massenbasis erlangen konnte. Aus dieser Perspektive reicht es eben nicht, das makroökonomische Instrumentarium des Keynesianismus oder die Institutionen des Sozialstaates bundesrepublikanischer Prägung zu revitalisieren. Es bedarf vielmehr einer umfassenden Re-Politisierung der ökonomischen Sphäre im Rahmen eines zeitgemäßen emanzipatorischen Gesellschaftsentwurfs. Es ist an der Zeit, nicht mehr nur zu bekunden, **daß** es Alternativen gibt, sondern sie in einem längerfristigen Diskussionsprozeß zwischen kritischer Wissenschaft und neuen wie alten sozialen Bewegungen tatsächlich zu entwickeln.